

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 4. Oktober 2012

Gesch. Nr. 071/12

16.04.23 Gemeindeorganisation; Interpellationen

Mündliche Begründung der Interpellantin anlässlich der Ratsdebatte

[...]

5. GESCHÄFT-NR. 071/12

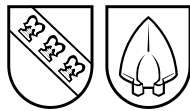
Interpellation Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Alterszentrum Bruggwiesen – Begründung

Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP, und Mitunterzeichnende reichen mit Schreiben vom 14. Juli 2012 folgenden Vorstoss ein:

Anfang 2011 wurde das Alterszentrum Bruggwiesen (AZB) in eine öffentlich-rechtliche Anstalt übergeführt. Im Nachgang an diese Überführung kam es zu grossen personellen Fluktuationen sowie zu gemäss Geschäftsbericht 2011 und Rechnung 2011 geringeren Mietzinseinnahmen als veranschlagt. Ausserdem war bei Bewohnenden und in der Bevölkerung eine Unzufriedenheit bezüglich der Betriebsführung und der Qualität des Angebots vorhanden. Das Personal litt in der Überführungsphase unter massiven Mehrbelastungen und es mussten vermehrt temporäre Mitarbeiter eingestellt werden. Die Inbetriebnahme des Hauses A des AZB, die auf Anfang 2013 geplant ist, führt gemäss Aussagen des Stadtrates zu weiteren Personal- und Belegungsengpässen. Dies wird voraussichtlich weitere negative Auswirkungen auf die Rechnung des AZB und damit auf die Mietzinseinnahmen der Stadt haben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat sich aus Sicht des Stadtrats die Überführung des AZB in eine öffentlich-rechtliche Anstalt bewährt? Wo sieht er die Vor- und wo die Nachteile?
2. Wie nimmt der Stadtrat seine Aufsicht über das AZB wahr und sieht er dabei Verbesserungspotential?
3. Welchen Einfluss hat der Stadtrat noch auf die Leitung des AZB und wie bewertet er diesen?
4. Ist der Stadtrat der Meinung, dass er seine Möglichkeiten, aufs AZB Einfluss zu nehmen, genügend ausgeschöpft hat und ausschöpft?
5. Sind die Vereinbarungen zwischen der Stadt und dem AZB aus Sicht des Stadtrats ausreichend oder sieht er Verbesserungspotential? Wenn ja, welches? Wenn nein, warum nicht?
6. Nach welchen Kriterien wählte der Stadtrat die Mitglieder des Verwaltungsrates aus?
7. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die finanzielle Situation im AZB schnellstmöglich stabilisiert werden kann?
8. Was wird im AZB zur Qualitätssicherung unternommen, gibt es eine für die Qualitätssicherung verantwortliche Person (z.B. PflegeexpertIn) und gibt es Umfragen bei Personal, Bewohnenden und Angehörigen zur Zufriedenheit mit dem AZB? Welchen Einfluss kann der Stadtrat auf die Qualitätssicherung nehmen?
9. Was ist geplant, um eine Vollbelegung des AZB nach der Sanierung zu erreichen? Werden in diesem Zusammenhang auch neue Angebote, wie etwa Tages-Nacht-Kliniken, geprüft? Welchen Einfluss hat der Stadtrat auf die Schaffung neuer Angebote?



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 4. Oktober 2012

10. Was wird und wurde unternommen, um die Arbeitsbedingungen des Personals zu verbessern und um das Personal in der stark belastenden Situation zu entlasten und zu motivieren? Ist dem Stadtrat bekannt, wie es dem Personal heute geht? Welche Möglichkeiten zur Einflussnahme zugunsten des Personals und der Personalsituation hat der Stadtrat?
11. Was wird unternommen, damit das AZB ein attraktiver Arbeitgeber ist?
12. Wie hoch ist die Fluktuation beim Personal im Vergleich zu den Jahren 2006 bis 2009?
13. Sieht der Stadtrat Handlungsbedarf, um die Fluktuation zu minimieren?
14. Werden weiterhin offene Stellen mit Temporäreinsätzen statt Festanstellungen besetzt und mit welchen zusätzlichen finanziellen Belastungen ist in diesem Zusammenhang noch zu rechnen?

Urheberin: Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP

Mitunterzeichnende: Gemeinderätin Barbara Scheidegger-Conrad, SP
Gemeinderat Fabian Molina, JUSO

FORMELLES

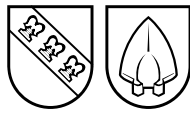
Die Urheberin taxiert den eingereichten Vorstoss als Interpellation. Der Vorstoss ging am 16. Juli 2012 beim Ratsbüro ein. Die Vorprüfung des Ratsbüros ergab, dass die Bestimmungen, wie sie zu Interpellationen in der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats definiert sind, eingehalten werden.

Im Vorfeld der Eingabe dieses Vorstosses hat sich das Büro des Grossen Gemeinderates an seiner Sitzung vom 9. Juli 2012 über die momentane Situation des Alterszentrums unterhalten. Es gelangte dabei zur Erkenntnis, dass sich zu den ergebenden Fragen ein vertiefter Abklärungsbedarf ergibt. Da an den Sitzungen des Büros des Grossen Gemeinderates keine substantielle Protokollierung erfolgt, ist nicht weiter überliefert, ob die Diskussion formlos am Rande der Sitzung oder noch während der Hauptdebatte erfolgte – dazu existieren diametral entgegengesetzte Haltungen. Dennoch gelangte man zur Ansicht, dass die gemeinderätliche Rechnungsprüfungskommission RPK diese – und weitere – Fragen im Rahmen ihrer Überprüfungstätigkeit (Behandlung von Jahresrechnung und Budget des Alterszentrum Bruggwiesen) detailliert ergründen soll.

An der 21. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 12. Juli 2012 erläuterte Stadtrat Max Binder, SVP, Ressort Gesundheit, anlässlich der Behandlung des Geschäftsberichtes, die jüngsten Vorkommnisse und Erkenntnisse beim/zum Alterszentrum Bruggwiesen. Daraufhin sah sich Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP/JUSO, veranlasst, eine Interpellation zu formulieren, welche ebenso die im Ratsbüro diskutierten Fragen und Anstösse umfasste.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, sah mit der Einreichung der vorstehenden Interpellation die Übereinkunft des Ratsbüros nicht mehr gewahrt, wonach sich die RPK dem erhöhten Klärungsbedarf hätte annehmen sollen. In einem Leserbrief (publiziert am 2. August 2012 im Zürcher Oberländer) verschaffte sich 1. Vizepräsident, Gemeinderat, Hans-Jürg Gehri, BDP, seinem Ärger Luft. Ferner taten verschiedene Mitarbeiter/innen des Alterszentrums ihr Unverständnis anlässlich der gemeinderätlichen Intervention in einem weiteren Leserbrief kund.

An der Sitzung des Büros des Grossen Gemeinderates vom 1. Oktober 2012 kam es betreffend dieser Vorkommnisse zu einer Aussprache. Unter Moderation des Ratspräsidenten legten die Beteiligten Personen ihre Sichtweise noch einmal dar. Es wurde festgehalten, dass Themen die im Kreise des Ratsbüros besprochen werden, primär nicht für die Öffentlichkeit oder zur Verwendung in Vorstössen (nur nach Rücksprache mit dem Gremium) bestimmt sind. Ferner soll das Büro nicht via Leserbriefe in den Zeitungen miteinander kommunizieren.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 4. Oktober 2012

BEHANDLUNG IM RAT

Während *Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP/JUSO*, zur Überlieferung der Begründung ihres Vorstosses schreitet, haben sich auf der Tribüne Mitarbeitende sowie Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates des Alterszentrums Bruggwiesen, eingefunden.

Anfang des Jahres 2013 werde mit der Sanierung des Altbautraktes die Erweiterung des Alterszentrums Bruggwiesen fertiggestellt. Für die Stadt Illnau-Effretikon und die Gemeinde Lindau, bedeute dies, dass den künftigen Anforderungen der Altersbetreuung – insbesondere in Anbetracht der demografischen Entwicklung - Rechnung getragen werden kann.

In den letzten Jahren sei im Alterszentrum sehr viel passiert. So sei es anfangs des Jahres 2011 in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des kommunalen Rechtes überführt worden. Seither wird das Alterszentrum durch einen Verwaltungsrat - und nicht mehr durch die Zentralverwaltung - gesteuert. Der Verwaltungsrat habe dabei eine sehr komplexe Aufgabe übernommen, hätten doch Arbeitsweise und Organisation des vormaligen Altersheimes Bruggwiesen nicht mehr dem Standard einer modernen Altersinstitution entsprochen.

Doch der Verwaltungsrat habe seine Arbeit mutig in Angriff genommen und sich nicht davor gescheut, notwendige, personelle Veränderungen im Kader vorzunehmen. Sämtliche Schlüsselpositionen seien neu besetzt worden. Das Gremium habe damit die Grundlagen für einen Neuanfang geschaffen, was Brigitte Rösli mit ihrem herzlichen Dank zollt.

Dennoch hätten die schwierigen Bedingungen der letzten Jahre auch beim Personal Spuren hinterlassen. Laut Rösli's Ausführungen hätten dabei vorwiegend erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der Pflege betraut waren, aus Frust gekündigt. Rösli - ihres Zeichens selbst leitende Mitarbeiterin in einer alterspflegerischen Institution in der Stadt Winterthur - konstatiert, dass gut qualifizierte Mitarbeitende in Pflege und Betreuung nur schwer zu ersetzen seien. Temporäre Arbeitskräfte würden ihrer Arbeit häufig nur wenig motiviert nachgehen und zeichnen sich vor allem durch ihre hohen Lohnkosten aus. Die Leidtragenden fänden sich in der Anspruchsgruppe der Bewohnerschaft, die von der Institution abhängig sei. Ferner hätten dann auch die verbliebenen, festangestellten, Mitarbeitenden oft das Nachsehen.

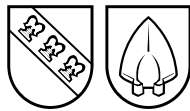
Mit der Aufnahme der Arbeit des Verwaltungsrates sei der Grosse Gemeinderat noch eine Stufe weiter weg gerückt. In Gemeinderätin Brigitte Rösli kam die Frage auf, welchen Spielraum bzw. welchen Einfluss dem Stadtparlament noch beigemessen werden und wem im Grunde die Aufsichtspflicht zugebilligt werden kann.

Es sei ihr immer wieder bedeutet worden, dass dem Grossen Gemeinderat hierzu keine Aufgabe mehr zufällt.

Brigitte Rösli hält dem die Bestimmungen von Art. 4 der städtischen Verordnung über das Alterszentrum Bruggwiesen entgegen. Jener hält fest:

- | | | |
|--------|---------------------|--|
| Art. 4 | Grosser Gemeinderat | Der Grosse Gemeinderat |
| | | a. erlässt die Verordnung über das Alterszentrum Bruggwiesen, |
| | | b. übt die Oberaufsicht über das AZB aus, |
| | | c. nimmt Finanzplan, Voranschlag, Jahresrechnung und Jahresbericht zur Kenntnis. |

Auch namens der Mitunterzeichnenden gibt Rösli bekannt, dass sie sich als Mitglied des Grossen Gemeinderates verpflichtet fühle, diese Aufsicht auch wahrzunehmen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 4. Oktober 2012

Sie habe in den letzten Monaten die Ereignisse rund um das Alterszentrum Bruggwiesen AZB aufmerksam verfolgt. Im Rahmen dessen habe sie mit Bewohnerinnen und Bewohner, Mitarbeitenden, Angehörigen und Besuchenden des Alterszentrums das Gespräch gesucht. Dabei wurden verschiedenste Anliegen und Fragen formuliert.

Die in der Jahresrechnung 2011 ausgewiesene Mietzinsreduktion, welche auch im Geschäftsbericht erwähnt wurde, war Anstoss genug für die Einreichung der vorliegenden Interpellation. Die Mehrzahl der Fragen habe sich Rööslü noch während der Debatte zur Jahresrechnung und während dem durch Stadtrat Max Binder gehaltenen Votum notiert.

Die Fragen tangieren Gegenstände verschiedenster Ebenen. Dies begründe sich mit dem Recht, das den Mitarbeitenden, den Bewohnenden und der Öffentlichkeit bezüglich transparenter Information zustünde: Welche Schritte werden geplant, um das Alterszentrum Bruggwiesen in einen zeitgemässen Betrieb zu führen? Das Alterszentrum Bruggwiesen stünde am Anfang grosser Veränderungen und bekanntlich würden solche beträchtliche Summen kosten. Gemeinderätin Rööslü, die Mitunterzeichnenden und sicherlich auch die Öffentlichkeit wollen wissen, ob die finanziellen Mittel ausreichen, oder ob noch weitere (finanzielle) Massnahmen nötig sind.

Diese Interpellation gäbe auch der Betreiberin des Alterszentrums die Möglichkeit, die Überlegungen und Vorgänge der Öffentlichkeit zu erklären. Diese Meldungen können durchaus auch positiver Natur sein.

Frau Lüscher sei erst seit kurzer Zeit Geschäftsleiterin der Institution. So wie es Gemeinderätin Rööslü erscheint, habe diese in sehr kurzer Zeit einen enormen Aufwand betrieben, um Defizite aufzuarbeiten und einen Schritt Richtung Zukunft zu gehen.

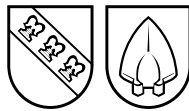
So sei in der Zwischenzeit ein Unternehmensleitbild geschaffen worden. Die Altersarbeit in der Stadt Illnau-Effretikon und der Gemeinde Lindau stünden unter dem Motto: Nicht nur dem Leben Jahre, sondern den Jahren Leben schenken. Dieser Leitgedanke bestimme das Leben im Alterszentrum Bruggwiesen. Das Alterszentrum Bruggwiesen will Menschen, die sich in der dritten oder vierten Lebensphase befinden, ein „zu Hause“ bieten.

Die Urhebererschaft der Interpellation erachte es als evident, dass sich das Alterszentrum zu einem modernen Betrieb wandle. Ein Betrieb, in dem die Bewohnenden möglichst selbstbestimmt leben können und wo sie eine gute und zeitgemässe Betreuung und Pflege erfahren. Ein Betrieb, in dem die Mitarbeitenden gerne arbeiten und stolz seien, diesem anzugehören.

Rööslü vertritt die Haltung, dass für ein solches Gelingen auch der Stadtrat und der Grosse Gemeinderat zu partizipieren hätten. Auch diese beiden Gremien mögen ihren Beitrag leisten. Als Aufsichtsbehörde habe man ein Mass an Verantwortung wahrzunehmen. Nötigenfalls sollen dazu die gesetzlichen Grundlagen verändert und weitere finanzielle Mittel gesprochen werden. Damit dies erreicht werden kann, benötige man Antworten auf die gestellten Fragen - Transparenz und Offenheit. Das Alterszentrum gehe alle etwas an - die Schwierigkeiten sollen gemeinsam gelöst werden.

Der Ratspräsident fragt den Stadtrat an, ob er gedenke, die Interpellation sofort mündlich oder zu einem späteren Zeitpunkt in schriftlicher Form zu beantworten.

Stadtrat Max Binder, SVP, Ressort Gesundheit, lässt das Stadtparlament wissen, dass der Stadtrat die in der Interpellation gestellten Fragen zu einem späteren Zeitpunkt beantworten wolle.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 4. Oktober 2012

Obschon die gemeinderätliche Geschäftsordnung in einem solchen Fall den Mitgliedern des Stadtrates keine weitere Wortmeldung zubilligt, lässt der Ratspräsident den Gesundheitsvorstand gewähren und gestattet ihm, ein kurzes Votum zur allgemeinen Erläuterung zu halten.

Vorderhand dankt *Stadtrat Binder* der Interpellantin für die sachliche Begründung ihres Vorstosses. Binder gesteht ein, dass ihn das Geschäft persönlich sehr stark in Anspruch nehme und ihm sehr am Herzen läge.

Die Schwierigkeiten rund um das Alterszentrum Bruggwiesen seien hinlänglich bekannt und bedürfen an dieser Stelle keiner weiteren Auslegung. Max Binder nutzt die Gelegenheit, sich an dieser Stelle öffentlich bei den Bewohnerinnen und Bewohnern, beim Personal, bei den Behörden und der Bevölkerung zu entschuldigen. Gleichzeitig huldigt er dem Verständnis, das ihm allseits zuteil wird.

Er versichert, dass die vergangenen Fehltritte analysiert werden und die zahlreichen Prozesse in der Optimierung begriffen sind. Insbesondere begrüsst Binder die anwesende Geschäftsleiterin und dankt für ihren ausserordentlichen Einsatz in der jüngsten Vergangenheit. Binder betont, dass die Geschäftsführung für die neu zu beschreitenden Wege gewappnet sei.

Zu Handen der Agenda kommuniziert Max Binder folgende Termine und bittet um Berücksichtigung:

25 Januar 2013;

Einladung für die Behörden, am späteren Nachmittag, Besichtigung sanierter Trakt 1981 mit anschliessendem Apéro.

26.01.2013;

Tag der offenen Tür für die Öffentlichkeit.

05.06.2013

Gesamteinweihung Alterstzentrum Bruggwiesen.

Binder schliesst seine Rede.

Wie bei der Behandlung von Interpellationen üblich, ergeht weder Ansetzung einer Beantwortungsfrist noch ein etwelcher Beschluss des Grossen Gemeinderates.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Stadtrat, zweifach,
- Abteilung Gesundheit,
- Ratssekretariat, dreifach.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 26.10.2012

ms